

## **Die Ursachen für Deutschlands Dauerkrise – und die Wege, die aus ihr hinausführen**

Welt, 15.08.2024, Frank Stocker

[https://www.welt.de/wirtschaft/plus252996208/Die-Ursachen-fuer-Deutschlands-Dauerkrise-und-die-Wege-die-aus-ihr-hinausfuehren.html?sc\\_src=email\\_6337260&sc\\_lid=624085928&sc\\_uid=9b9AoAfTYB&sc\\_lid=34&sc\\_cid=6337260&cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.6337260&sc\\_eh=94c824e22aa172ca1](https://www.welt.de/wirtschaft/plus252996208/Die-Ursachen-fuer-Deutschlands-Dauerkrise-und-die-Wege-die-aus-ihr-hinausfuehren.html?sc_src=email_6337260&sc_lid=624085928&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=34&sc_cid=6337260&cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.6337260&sc_eh=94c824e22aa172ca1)

Noch immer hat Deutschlands Wirtschaft nicht das Vorpandemie-Niveau erreicht – anders als viele andere Staaten. Zurück geht das nicht allein auf die Politik der Ampel. Ökonomen aus aller Welt haben Ratschläge, was zu tun wäre – denn bis 2030 verschärft sich ein Problem besonders.

In immer kürzeren Abständen kommen inzwischen neue Hiobsbotschaften aus der deutschen Wirtschaft. Am 13. August signalisierte der ZEW-Index einen weiteren Konjunkturerinbruch. In der Woche zuvor hatten Nachrichten von rückläufigen Exporten und einem zunehmenden Auftragsmangel die Runde gemacht. Davor wiederum war bekannt geworden, dass die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 0,1 Prozent geschrumpft ist.

Weit schlimmer ist jedoch, dass diese Malaise nun schon seit über sechs Jahren anhält. Denn schaut man über das Auf und Ab während der Pandemie hinweg, so stagniert die deutsche Wirtschaft praktisch seit Anfang 2018.

Gleichzeitig ziehen andere Länder in Europa und dem Rest der Welt immer weiter davon. Die Krise kann also nicht nur auf kurzfristig wirkende Faktoren wie gestiegene Energiepreise zurückgehen, und auch nicht allein auf die Politik der Ampel-Koalition, die erst seit Ende 2021 die Regierung stellt. Die Probleme liegen vielmehr tiefer. Umso dringlicher wäre es jedoch, dass sie endlich angegangen werden.

Vergleicht man das Niveau des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vom vierten Quartal 2019, also unmittelbar vor Beginn der Corona-Pandemie, mit dem aktuellen Niveau, so zeigt sich, dass die deutsche Wirtschaftsleistung bisher nicht wieder das Vorkrisenniveau erreicht hat – nach mittlerweile fast fünf Jahren. Dieses Schicksal teilt Deutschland nur mit wenigen anderen Nationen, beispielsweise Estland, Finnland, Österreich oder Großbritannien.

In den meisten anderen Ländern dagegen liegt das BIP inzwischen deutlich über dem Niveau von Ende 2019, in Spanien um ein, in Frankreich um zwei Prozent, in Japan um vier, in Italien sogar um fast sechs und in den USA um sieben Prozent. Griechenland verzeichnet sogar ein Plus von knapp zehn und Polen von über 13 Prozent.

„Darüber hinaus gibt es derzeit kaum einen Hinweis, dass sich die Wachstumskluft zu den anderen Euroländern bald verkleinert“, sagt Christine Schäfer, Ökonomin bei der DZ Bank.

### *De facto seit sechs Jahren Stagnation*

Doch der Vergleich mit der Zeit unmittelbar vor der Pandemie verstellt den Blick auf die Tatsache, dass der Stillstand hierzulande sogar noch länger dauert. Die aktuelle Wirtschaftsleistung ist selbst geringer als Anfang 2018 – de facto herrschen also seit über sechs Jahren Stagnation.

Und das gilt auch für die Haushaltseinkommen. Diese lagen Anfang dieses Jahres inflationsbereinigt ebenfalls immer noch auf dem Niveau vom ersten Quartal 2018 und haben sich erst in den vergangenen Monaten leicht um 1,5 Prozent erhöht.

Währenddessen befinden sie sich in den meisten anderen Ländern jedoch längst auf einem deutlich höheren Niveau, in den USA und Spanien sogar rund zehn Prozent höher. Es stagniert also nicht nur die Wirtschaft, auch die Wohlstandsmehrung für die Bürger ist zum Stillstand gekommen.

Teilweise ist das natürlich Entwicklungen geschuldet, die schwer zu beeinflussen sind. „Der schwache Welthandel ist für die industrielastige deutsche Wirtschaft eine Bürde“, nennt Thomas Gitzel, Chefvolkswirt der VP Bank als einen Grund. „Aber auch der Inflationsschock der vergangenen Jahre hinterlässt tiefe Narben beim privaten Konsum“, sagt er weiter. Wenn die Verbraucher Geld ausgeben, dann vor allem für Urlaub.

„Profiteure sind die Reisedestinationen entlang des Mittelmeers“, sagt Gitzel. „Die Deutschen tragen also ihren Konsum zu einem Teil ins Ausland. Und im Zuge der deutlich gestiegenen Zinsen kam schließlich die Bauwirtschaft unter die Räder.“

All das erscheint einleuchtend – und doch erklärt es nicht, warum die Stagnation schon seit Anfang 2018 andauert, lange bevor viele dieser Faktoren existierten. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hält daher auch ganz andere Ursachen für wichtiger, wenn es darum geht, die deutsche Krise zu erklären.

„Diese grundlegenden Gegenwinde sind die Haupthindernisse, denen Deutschland bei der Verbesserung seiner mittelfristigen Wachstumsaussichten gegenübersteht“, schreiben die IWF-Ökonomen in einer aktuellen Analyse.

Ein unausweichlicher Faktor ist die Bevölkerungsentwicklung. „Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter Deutschlands wurde im letzten Jahrzehnt durch Migranten gestärkt, die vor regionalen Konflikten flohen“, heißt es in dem Papier.

### *Nur geringes Produktivitätswachstum*

„Wenn diese Einwanderungswelle endet und die Babyboomer in den nächsten fünf Jahren (also bis 2030) in Rente gehen, wird die Wachstumsrate der deutschen Erwerbsbevölkerung stärker sinken als in jedem anderen G-7-Land.“ Dies werde einen Abwärtsdruck auf das BIP pro Kopf ausüben, da auf jeden Rentner weniger Arbeitskräfte kommen werden.

Die Experten schlagen daher diverse Maßnahmen vor, um das heimische Arbeitskräfteangebot auszuweiten, beispielsweise indem die Erwerbstätigkeit von Frauen erleichtert wird. „Der Ausbau des Zugangs zu verlässlicher Kinderbetreuung und die Senkung der Steuern für Zweitverdiener bei verheirateten Paaren könnten helfen“, heißt es beispielsweise.

Ein weiteres Manko sehen die Ökonomen im geringen Produktivitätswachstum. Dies sei zum Teil auch auf die unzureichenden Investitionen in die öffentliche Infrastruktur zurückzuführen. Deutschland liege hier am unteren Ende der Industrieländer.

### *Planungskapazitäten der Kommunen ausbauen*

Um dies zu ändern, sei es unter anderem notwendig, die Planungskapazitäten der Kommunen auszubauen, denn oft mangelt es nicht an Geld, sondern an fehlenden Mitarbeitern. Und wo es doch an Geld mangelt, sollte Deutschland dieses mobilisieren, sei es durch Ausgabenkürzungen an anderen Stellen oder eine Steigerung der Einnahmen.

Aber Deutschland solle auch nicht so sklavisch an der Schuldenbremse festhalten. „Die Schuldenbremse könnte um etwa ein Prozent des BIP gelockert werden“, schlagen sie vor.

Schließlich bedürfe es eines Abbaus bürokratischer Hürden, denn diese behinderten sowohl Investitionen als auch die Gründung neuer Unternehmen. „So dauert es beispielsweise etwa fünf bis sechs Jahre, bis man eine Genehmigung für den Bau eines Onshore-Windparks erhält“, schreiben die IWF-Ökonomen. „Und es dauert 120 Tage, um eine Gewerbeerlaubnis zu erhalten – mehr als doppelt so lange wie der OECD-Durchschnitt.“

Um hier Verbesserungen zu erreichen, müsse vor allem ein weiteres Feld beachtet werden, auf dem Deutschland weit hinterherhinkt: die Digitalisierung. So belegt Deutschland im Digital World Competitiveness Ranking (WCR) nur Platz 23 von 67 betrachteten Ländern.

Das ist nicht nur ein Problem, wenn es um die öffentliche Verwaltung geht. „Dies ist besonders kritisch, wird doch die digitale Infrastruktur für die Schlüsseltechnologien immer wichtiger“, sagt Christine Schäfer. „Diese sind wiederum Grundbausteine für Innovationen in vielen anderen Wirtschaftszweigen, auch in den für Deutschland sehr wichtigen Sektoren wie der Automobilindustrie.“

Letztlich bringen all diese Analysen und Vorschläge jedoch keine wirklich neuen Erkenntnisse. All dies ist schon oft formuliert worden, von Ökonomen und Politikern gleichermaßen. Es gibt kein Erkenntnisproblem, sondern ein Problem mit der Umsetzung. Und daran dürfte sich auch so schnell nichts ändern, steht zu befürchten.

„Der schwache Welthandel, die Folgen des Inflationsschocks und des demografischen Wandels werden so schnell nicht in Wohlgefallen auflösen“, warnt daher Thomas Gitzel. „Wenn gleichzeitig Reformen ausbleiben, wird der gegenwärtige Zustand von leichtem Wachstum, Stagnation und rückläufigem BIP noch geraume Zeit andauern.“

Die Ökonomen des IWF dagegen formulieren es etwas optimistischer. „Deutschland steht vor wichtigen wirtschaftlichen Herausforderungen, verfügt aber auch über politische Hebel, um diese zu überwinden und eine bessere wirtschaftliche Zukunft zu sichern“, schreiben sie, fügen aber ebenfalls eine glasklare Aufforderung hinzu. „Es ist an der Zeit, diese zu nutzen.“